

# SPD demokratischer pressediens

P/XXVI/198

15. Oktober 1971

Irrungen und Wirrungen eines Einzelgängers

-----  
Berlins SPD nimmt Abschied von Klaus-Peter Schulz

Von Kurt Neubauer

Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes  
Berlin, Bürgermeister und Senator des Inneren

Seite 1 und 2 / 67 Zeilen

Das Vorschaltgesetz war notwendig

-----  
Klarstellung zur Hochschulreform in Niedersachsen

Von Prof. Dr. Peter von Ceztzen MdL  
Kultusminister von Niedersachsen

Seite 3 und 4 / 60

Ein Vollblutpolitiker wird 60 Jahre

-----  
Grüß und Dank an den Saarländer Kurt Conrad

Seite 5 und 6 / 72 Zeilen

Die Grenzen der Kritik

-----  
Verantwortung für das Überleben der Demokratie

Seite 7 / 42 Zeilen

Chefredakteur: Dr. E. Eckert  
Verantwortlich für den Inhalt: A. Exler  
5300 Bonn 9, Hauptsallee 2-10  
Postfach: 9153  
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 22 80 37 - 38  
Telex: 886 848/886 847/  
886 848 PPP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 68 11

Irrungen und Wirrungen eines Einzelgängers

Berlins SPD nimmt Abschied von Klaus-Peter Schulz

Von Kurt Neubauer

Stellv. Vorsitzender des SPD-Landesverbandes Berlin,  
Bürgermeister und Senator des Inneren

Die Nachricht, daß der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Dr. med. Klaus-Peter Schulz aus Berlin Partei und Fraktion mit dem Ziel verlassen hat, Mitglied der CDU und der CDU-Fraktion des Deutschen Bundestages zu werden, erreichte die Berliner Parteiorganisation am frühen Nachmittag des 14. Oktober 1971. Für den Landesvorstand der Berliner Sozialdemokraten stelle ich fest, daß es vorher keine entsprechende Information, geschweige denn auch nur den Versuch eines klärenden Gesprächs zwischen Klaus-Peter Schulz und seinen Berliner Parteifreunden gegeben hat.

Ebenso - und ohne jede Verbitterung - stelle ich fest, daß der Übertritt zwar überraschte, daß er aber nirgendwo als Sensation empfunden und verstanden worden ist. Berlins Sozialdemokraten respektieren die konsequente Haltung eines Mannes, der sich in den letzten Jahren politisch mehr und mehr von seiner Partei entfernt hat. Sie bedauern, daß ein Mann seiner unstrittigen und über den Tag hinaus zu würdigenden Verdienste um die Freiheit und Demokratie Berlins keinen anderen Ausweg sah aus dem Konflikt, der ihn offenbar zu dieser Entscheidung veranlaßt hat.

Gleichwohl wäre es eben wegen dieser unbestrittenen und unbestreitbaren Verdienste um den Wiederaufbau von Staat und Demokratie in unserem Lande mehr als ein Gebot der Fairneß, wenn Dr. Klaus-Peter Schulz seine Entscheidung, eine neue politische Heimat zu wählen, damit verbände, nun auch konsequenterweise auf das ihm von den Sozialdemokraten übertragene Mandat im Deutschen Bundestag zu verzichten.

Ich appelliere an Dr. Klaus-Peter Schulz - in Kenntnis der verfassungsrechtlichen Bedingungen eines Bundestagsmandats - um der politischen und menschlichen Redlichkeit willen, nun auch sein Mandat im Deutschen Bundestag niederzulegen.

Respekt und Bedauern ändern allerdings nichts daran, daß

die von Klaus-Peter Schulz für seinen Übertritt zur CDU öffentlich genannten Gründe öffentlicher Stellungnahme bedürfen. Hierzu stelle ich fest:

1/ Klaus-Peter Schulz hat in den letzten Jahren nichts oder nur wenig unternommen, um die selbstgewählte politische und daraus folgende menschliche Isolierung zu durchbrechen. Gleichwohl haben ihm Berlins Sozialdemokraten noch immer ihr politisches Vertrauen bekundet, auch wenn dies zuweilen die Loyalität vieler Mitglieder mehr als strapazierte.

2/ Ich weise jeden Versuch nachdrücklich zurück, die auch und gerade in Berlin regierungs- wie parteipolitisch entwickelte Politik des Ausgleichs und der Entspannung gegenüber den Staaten Osteuropas - damals noch unter Willy Brandt, dem Regierenden Bürgermeister und Vorsitzenden der Berliner SPD - als Alibi gegen die Sozialdemokratische Partei zu benutzen. Dies gilt auch hinsichtlich der von Schulz beklagten innerparteilichen Entwicklung. Gerade unter diesen Umständen wäre es seine Aufgabe gewesen, als Sozialdemokrat unter Sozialdemokraten seine Ideen und seine Politik nachdrücklichst zu vertreten. Wer das Schiff aus Unzufriedenheit mit dem Seegang verläßt, begibt sich selbst der Möglichkeit - wenn er es schon für nötig hält -, den Kurs zu verändern.

3/ Geradezu grotesk mutet der Vorwurf an, ausgerechnet den führenden Persönlichkeiten der deutschen Sozialdemokratie Europafeindlichkeit zu unterstellen. Gerade Klaus-Peter Schulz sollte bekannt sein, wieviel Energie und persönliches Prestige Willy Brandt, Helmut Schmidt und Herbert Wehner, um sie für alle anderen zu nennen, in die Erweiterung der Europäischen Gemeinschaften und ihre demokratische Ausgestaltung investiert haben.

Berlins Sozialdemokraten nehmen die Entscheidung, die Klaus-Peter Schulz für sich getroffen hat, nicht leicht. Es wäre allerdings verfehlt anzunehmen, daß eine Partei, die seit je für die Selbstbestimmung des Individuums und das Recht auf Freiheit des Einzelnen kämpft, den Schluß zieht, eine von breiter Mehrheit der Mitgliedschaft und der Bevölkerung getragene Politik wider bessere Erkenntnis zu revidieren.

Oder um es im Klartext zu sagen: Die Irrungen und Wirrungen eines Einzelnen verpflichten die SPD nicht zum Kollektivirrtum.  
(-/ex/15.10.1971/bgy)

Das Vorschaltgesetz war notwendig

Klarstellung zur Hochschulreform in Niedersachsen

Von Prof. Dr. Peter von Certzen M.d.L.  
Kultusminister von Niedersachsen

Das vom niedersächsischen Landtag inzwischen verabschiedete Vorschaltgesetz zum niedersächsischen Gesamthochschulgesetz hat in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Hochschulen, eine äußerst lebhafteste Diskussion ausgelöst. Während ein großer Teil von Professoren dieses Vorschaltgesetz entschieden ablehnt, sieht z.B. die Assistentenschaft in diesem Gesetz einen geeigneten Schritt auf dem Wege zur Reform unserer Hochschulen. Die Studenten kritisieren das Vorschaltgesetz als nicht weitgehend genug, sind aber zur Mitarbeit bereit.

Das Vorschaltgesetz ist notwendig geworden, nachdem feststand, daß die Selbstreform der Universitäten gescheitert war. Weil das Hochschulrahmengesetz des Bundes mit Sicherheit nicht vor Ende 1971 vom Bundestag verabschiedet wird und das niedersächsische Gesamthochschulgesetz mit allen seinen Folge- und Übergangsregelungen, insbesondere durch die reformierte Personalstruktur, nicht vor 1974 an den Universitäten effektiv werden kann, schien mir diese Zeitspanne erheblich zu lang. Das Vorschaltgesetz muß daher als eine Zwischenlösung angesehen werden. In wenigen Jahren wird dann ein Gesamthochschulgesetz die Verhältnisse an den Hochschulen endgültig ordnen.

Bis dahin bietet das Vorschaltgesetz mit der Parität vier Hochschullehrer, zwei Assistenten, zwei Studenten und ein sonstiger Mitarbeiter in den wichtigen Kollegialorganen eine klare und faire Regelung. Es ist einfach nicht wahr, daß die Hochschullehrer aufgrund dieser Parität in die Ecke gedrängt und entmachtet werden. In den entscheidenden Fragen der Forschung, der Lehre und der Personalpolitik haben sie genauso viele Stimmen wie Assistenten und Studenten zusammen. Sie können also gar nicht ausgeschaltet werden. Darüber hinaus sind die Assistenten schließlich die engsten Mitarbeiter der Hochschullehrer, die sie selbst ausge-

bildet, ausgesucht und eingestellt haben. Warum also das geradezu krankhafte Mißtrauen gegenüber dieser Gruppe der jungen Wissenschaftler? Auch der Vorwurf, das Vorschaltgesetz sei durchgepeitscht worden, entspricht nicht den Tatsachen. Bereits im Mai 1971 wurde im Landtag die Regierungsvorlage diskutiert. Mehrere ganztägige Sitzungen der Rechts- und Kultusausschüsse sowie ein Hearing, in dem die Betroffenen zu Wort kamen, führen den Vorwurf einer überhasteten Gesetzgebungsarbeit ad absurdum.

Richtig ist allerdings, daß die CDU von Anfang an auf jede konstruktive Mitarbeit im Gesetzgebungsprozeß verzichtet hat. Die Behauptung, dieses Gesetz sei zu simpel und schematisch, negiert die Tatsache, daß die höchst differenzierten Satzungen der verschiedenen Hochschulen in Kraft bleiben. Völlig absurd ist die vom "Bund Freiheit der Wissenschaft" vertretene Meinung, daß das Vorschaltgesetz einen Hochschullehrer-Multitarif einführe, wie überhaupt gesagt werden muß, daß sich die Stellungnahme des "Bundes Freiheit der Wissenschaft" durch eine äußerst bedauerliche Desinformation über die Hochschulpolitische Situation in Niedersachsen auszeichnet.

Die lautstark erhobenen Proteste durften uns nicht abhalten, das Nötige und Richtige zu tun, zumal keineswegs alle Hochschullehrer diese Kräfte unterstützen. Bedenklich ist es freilich, wenn Staatsbeamte, wie es geschehen ist, mit dem Boykott eines rechtmäßig beschlossenen Gesetzes drohen. Der Rücktritt von Dekanen und Fachbereich-Vorsitzenden an der Universität Göttingen hat mich nicht überrascht. Ich hoffe jedoch, daß die Betroffenen die Konsequenzen ihres Handelns noch einmal überdenken werden. Respekt vor dem geltenden Recht, selbst dann, wenn man sachlich anderer Meinung ist, ist die Grundlage jeder rechtsstaatlichen Ordnung, auch und gerade an den Hochschulen.

(-/ex/15.10.1971/bgy)

+ + +

Ein Vollblutpolitiker wird 60 Jahre  
-----

Gruß und Dank an den Saarländer Kurt Conrad

Kurt Conrad, seit 1955 Mitglied des SPD-Bundesvorstandes, langjähriger Vorsitzender der SPD im Saarland und jetzt wieder Vorsitzender der sozialdemokratischen Fraktion im saarländischen Landtag, wird am 19. Oktober 60 Jahre alt. An diesem Tag kann er auf eine politische Laufbahn zurückblicken, die ausgefüllt war mit harten Auseinandersetzungen, aber er kann auch zurückblicken auf große politische Erfolge, auch dann, wenn es ihm nicht vergönnt war, die Politik des Saarlandes in der Landes-Spitzenposition zu bestimmen.

Kurt Conrad historische Verdienste reichen weit über das Saarland hinaus. Er stand an der Spitze der Sozialdemokraten im Saarland, die sich nach 1945 nicht mit der Abtrennung des Saarlandes von Deutschland abfanden. Wenn heute das Saarland zur Bundesrepublik gehört und wenn auf der anderen Seite die deutsch-französischen Beziehungen durch die Auseinandersetzungen um das Saarland nicht gestört wurden, sondern im Gegenteil sich noch verbessert haben, dann hat Kurt Conrad daran entscheidenden Verdienst.

Schon als junger Abgeordneter im saarländischen Landtag, in den er für die Sozialdemokratische Partei Saar gewählt worden war, lehnte er es 1947 ab, der Präambel der saarländischen Verfassung zuzustimmen, die die Abtrennung des Saarlandes von Deutschland beinhaltete. Später gründete er mit einigen wenigen Freunden die Deutsche Sozialdemokratische Partei, die jedoch zu Beginn nicht zugelassen wurde und daher bis zu ihrer Zulassung vor der Volksabstimmung 1955 in der Illegalität arbeiten mußte. In den harten Auseinandersetzungen dieser Jahre - auch zwischen Sozialdemokraten - wirkte Kurt Conrad immer wieder mäßigend, damit der Kampf um die Rückkehr des Saarlandes zu Deutschland nicht in eine nationalistische Auseinandersetzung abglitt. Seine sozialdemokratische Tradition - wie so viele Sozialdemokraten war er mit der Partei schon von Jugend an in der Sozialistischen Arbeiterjugend verwurzelt - ließ ihn immer daran denken, daß die Auseinandersetzungen an der Saar nicht die Aussöhnung zwischen Deutschen und Franzosen und nicht die europäische Einigung gefährden durften. Kurt Conrad dachte immer daran,

daß es auch nach den Auseinandersetzungen um die Saarfrage weitergehen müsse. Darauf ist es auch zurückzuführen, daß sich sehr schnell alle Sozialdemokraten an der Saar wieder in einer einheitlichen Partei zusammenfanden und daß heute die SPD an der Saar eine politische Kraft darstellt wie nie zuvor in der Geschichte des Landes.

Von den saarländischen Spitzenpolitikern aus den Zeiten der Auseinandersetzungen um das Schicksal des Landes ist Kurt Conrad der einzige, der heute noch politische Verantwortung trägt. Er ist in seiner zurückhaltenden Art kein Volkstribun, aber er ist ein Vollblutpolitiker. Dem Saarland diente er vier Jahre lang als Minister und nahezu 20 Jahre als Abgeordneter im Landtag. Zwei Jahre - von 1957 bis 1959 - gehörte er dem Deutschen Bundestag an.

Wie politisch weitsichtig Kurt Conrad dachte, wird daran deutlich, daß er schon 1960 ständig als Oppositionsführer die Landesregierung drängte, die einseitige Wirtschaftsstruktur des Saarlandes zu beseitigen, dabei jedoch auf taube Ohren stieß. Es ist eine späte Genugtuung für ihn, daß sich heute jeder Politiker im Saarland rühmt, für die im Gang befindliche Besserung der Wirtschaftsstruktur im Saarland verantwortlich zu sein. Wäre man Kurt Conrad und der SPD gefolgt, wären den Saarländern die schmerzlichen Erfahrungen während der Rezession 1967, die sie besonders hart traf, erspart geblieben.

Eigentlich wollte sich Kurt Conrad nach und nach aus den politischen Spitzenpositionen zurückziehen. So gab er im vergangenen Jahr sowohl die Führung der Partei als auch der Landtagsfraktion ab, damit zu den nächsten Landtagswahlen ein jüngerer Sozialdemokrat an der Spitze steht. Wie sehr man ihn aber noch brauchte, wird dadurch deutlich, daß man ihn nach dem Tode seines langjährigen jüngeren Kampfgefährten und Nachfolgers als Fraktionsvorsitzender, Friedrich Regitz, wieder an die Spitze der Landtagsfraktion berief.

Die Sozialdemokraten im Saarland und in der gesamten Bundesrepublik wünschen ihm an seinem 60. Geburtstag auch weiterhin viel Erfolg.

Alwin Brück MdB  
(-/ex/15.10.1971/bgy)

## Die Grenzen der Kritik

---

### Verantwortung für das Überleben der Demokratie

Das Recht, Kritik, auch scharfe Kritik zu äußern, gehört zur Meinungsfreiheit in einer Demokratie und damit zu den Grundrechten unseres Staates, die unantastbar sind. Diese Wahrnehmung von demokratischen Rechten setzt bindend und verpflichtend voraus, daß der Bürger, der sie in Anspruch nimmt, jederzeit weiß, daß er den weitgespannten Rahmen zum Beispiel des Rechts auf Meinungsäußerung bewußt überschreitet, wenn er aus einer trotz aller Schärfe stets sachlichen Kritik in unverantwortliche Demagogie hineinschlittert. Wird dieses Hineinschlittern zum Dauerzustand, dann wird eine solche "Kritik" für den Beteiligten zum psychopathischen Problem und für die Demokratie zur latenten Gefahr.

Diese leider keineswegs nur theoretischen Entwicklungsmöglichkeiten in der Bundesrepublik des Jahres 1971 hatte der Bundeskanzler vor Augen gehabt, als er in einer Rede, die gemeinsame demokratische Verantwortung beschwörend, vor einer Verwilderung der politischen Sitten gewarnt hatte, wobei er ganz gezielt eine bestimmte Gruppe von Presseorganen und Journalisten ansprach. Die Reaktion der Betroffenen fand ihren Weg in den Bundestag, wo Staatssekretär Conrad Ahlers deutlich und klar machte, daß der Bundeskanzler aus berechtigter Sorge um die Demokratie Alarm geschlagen habe, als er vor journalistischen Äußerungen gewarnt hätte, die die Grenzen zwischen fairer Auseinandersetzung über politische Fragen und hetzerischer Polemik überschreiten.

Staatssekretär Ahlers hat im Bundestag als Modellbeispiel für eine solche Presse die rechtsradikale Münchner "Nationalzeitung" genannt. Deren Sprache richtet sich für jedermann selbst, der sich unserer demokratischen Gesellschaftsordnung und dem Staat, in dem wir leben, zugehörig und verpflichtet weiß. Wenn Ahlers andere Namen nicht genannt hat, so war das für eben diesen jedermann unnötig, der "Kommentare" in Zeitungen liest, die sich in Wortwahl und Formulierungen ständig unter der demokratischen Gürtellinie bewegen. Wenn beispielsweise aus der CSU Bedenken gegen eine schroffe Charakterisierung solcher Schreiber erhoben werden, dann dürfte es den zuständigen Stellen der Bundesregierung keine Schwierigkeiten bringen, ganze Listen von Äußerungen beispielsweise gegen den Bundeskanzler vorzulegen, die ob ihrer potenzierten Bösartigkeit zumindest betroffenes Schweigen auslösen müssen. Der Kanzler hat zur rechten Zeit die "Verdummung und Hetze" gebrandmarkt, die von solchen hemmungslosen Exzesschreibern ausgehen. Niemand soll sagen können, daß die deutsche Öffentlichkeit von verantwortlicher Stelle nicht auf diese schleichende Gefährdung der Demokratie aufmerksam gemacht worden sei.

(ec/ee/15.10.1971/bgy)